

■ <b>Gesundheit:</b> Krankheitsrisiko unsicherer Job	2
■ <b>Altersvorsorge:</b> Private Rente – Lebensfremde Annahmen	3
■ <b>Europa:</b> Ungleichgewichte versperren Weg aus der Eurokrise	4
■ <b>Beschäftigung:</b> Gewerkschaftsmitglieder seltener entlassen	6
■ <b>Verteilung:</b> Weniger Armut bei den Nachbarn	6
■ <b>Arbeitsrecht:</b> Werkverträge brauchen bessere Regeln	7
■ <b>TrendTableau</b>	8

## ALTERSÜBERGANG

# Renten driften auseinander

Zwar sind heute weniger Menschen vor dem Ruhestand jahrelang ohne Arbeit als in der Zeit von 2005 bis 2009. Doch nach wie vor ist mehr als jeder zehnte Neurentner betroffen. Und das Risiko der Altersarmut für diese Gruppe hat zugenommen.

Begünstigt durch die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt wechseln mehr Menschen aus einer stabilen Beschäftigung in die Rente – und in jüngster Zeit weniger aus langer Beschäftigungslosigkeit. 12 Prozent der Neurentner des Jahres 2010 waren zuvor mehrere Jahre ohne Job, etwa so viele wie im Jahr 2003. Zwischendurch war die Quote allerdings auf fast 18 Prozent gestiegen. Dies geht aus dem aktuellen Altersübergangsreport hervor, den der Rentenexperte Martin Brussig vom Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ) verfasst hat, gefördert von der Hans-Böckler-Stiftung und dem Forschungsnetzwerk Alterssicherung.\*

Zudem hat Brussig noch einen anderen Trend ausgemacht: Die Polarisierung der Einkommen nimmt auch unter Rentnern zu. Den Ausschlag gibt dabei die Beschäftigungssituation in den Jahren vor dem 65. Geburtstag.

**Stabile Beschäftigung:** Wer vor Renteneintritt mindestens noch drei Jahre versicherungspflichtig beschäftigt war, bekommt eine vergleichsweise hohe Rente. Insbesondere bei den Frauen sind die so genannten Rentenzahlbeträge in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Sie kamen 2010 im Schnitt auf etwas weniger als 900 Euro im Monat, Männer auf knapp 1.300, sofern sie keine größeren Abschläge wegen eines vorzeitigen Renteneintritts hinnehmen mussten.

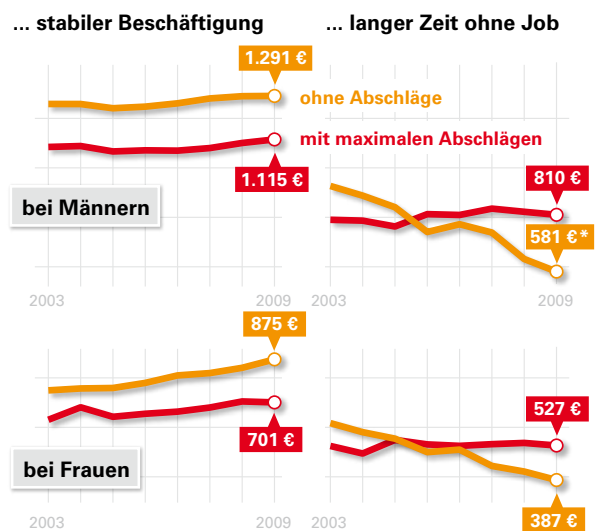
**Phasenweise ohne Job:** Beschäftigte, die vor der Rente nur vorübergehend beschäftigungslos waren – darunter auch solche, die sich mit ihrem Arbeitgeber auf ein vorzeitiges Ausscheiden geeinigt haben und beispielsweise noch ein Jahr Arbeitslosengeld vor der Rente bekommen –, beziehen meist merklich geringere Renten, Männer ohne Abschläge im Schnitt weniger als 1.100 Euro.

**Seit Jahren ohne Job:** Am niedrigsten fallen die Renten derjenigen aus, die unmittelbar vor der Rente schon drei Jahre oder länger ohne Arbeit sind. Die durchschnittlich ausgezahlten Monatsbeträge sind in dieser Gruppe zudem rückläufig. Frauen, die lange ohne Beschäftigung waren, bekommen in der Regel deutlich weniger als 600 Euro.

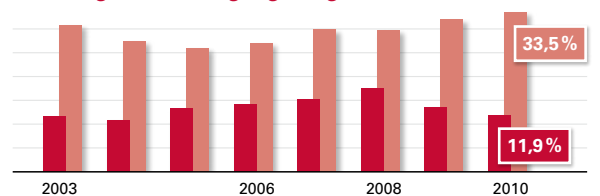
Insgesamt steigt das Renteneintrittsalter zwar an, nach wie vor hält allerdings weniger als die Hälfte bis zur Regelalters-

## Wenig Rente für Arbeitslose

So hoch war die durchschnittliche Rente nach ...



In Rente gingen aus stabiler Beschäftigung oder langer Beschäftigungslosigkeit



Stabile Beschäftigung und lange Beschäftigungslosigkeit beziehen sich auf die letzten drei Jahre vor der Rente; die übrigen Rentenzugänge lassen sich keiner der Kategorien zuordnen. \* Gerade diejenigen mit den geringsten Ansprüchen vermeiden offenbar den vorzeitigen Rentenbezug. | Quelle: Brussig 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

grenze durch: Etwa 40 Prozent eines Altersjahrgangs bekommen mit 65 das erste Ruhegeld; fast alle übrigen beziehen bereits vorher Rente – mit Abschlägen. ◀

\* Quelle: Martin Brussig: Weiter steigendes Renteneintrittsalter, mehr Renteneintritte aus stabiler Beschäftigung, aber zunehmend geringere Altersrenten bei Langzeitarbeitslosen, Altersübergangsreport 2/2012  
Download und Quelledetails: [www.boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

# Krankheitsrisiko unsicherer Job

Wer ohne Arbeit oder prekär beschäftigt ist, hat häufiger gesundheitliche Beschwerden als Arbeitnehmer mit sicheren Stellen.

Arbeitslose sterben sogar merklich früher.

Arbeitslosigkeit gefährdet die Gesundheit, manchmal massiv. Um 0,6 Jahre bei Frauen und sogar um 2,4 Jahre bei Männern variierte 2008 die mittlere Lebenserwartung zwischen der deutschen Region mit der geringsten und der mit der höchsten Arbeitslosigkeit. „Bei Frauen sinkt die Lebenserwartung mit jedem Prozentpunkt, den die Arbeitslosenquote zunimmt, um etwa einen Monat. Bei Männern liegt der entsprechende Wert bei drei Monaten.“ Zu diesem Ergebnis kommen die Epidemiologen Lars Eric Kroll und Thomas Lampert vom Robert-Koch-Institut (RKI). Die Forscher haben Daten aus der amtlichen Regionaldatenbank INKAR und die repräsentative RKI-Befragung „Gesundheit in Deutschland aktuell“ (GEDA) ausgewertet. Ergänzt durch weitere Befunde der Gesundheitsforschung zeigt ihre Zusammenstellung, wie sich das Leben ohne Job sowie prekäre Beschäftigung auf die körperliche und psychische Gesundheit auswirken.\*

**Psychische Last, mehr Raucher.** Das höhere Sterberisiko von arbeitslosen Menschen sei in verschiedenen nationalen und internationalen Studien nachgewiesen, fassen Kroll und Lampert den Forschungsstand zusammen. Als wesentliche Gründe für die höhere Mortalität nennen Wissenschaftler psychosozialen Stress, aus dem überdurchschnittlich oft auch Angststörungen oder depressive Erkrankungen entstehen. Die Suizidrate ist unter Arbeitslosen merklich erhöht. Hinzu komme, dass nach einem Jobverlust häufig soziale Integration und Motivation leiden. Eine Folge: Arbeitslose und Menschen, deren Arbeitsplatz bedroht ist, achteten im Schnitt weniger auf ihre Gesundheit als stabil Beschäftigte. Sie trieben beispielsweise weniger Sport und griffen häufiger zur Zigarette. So rauchten nach Daten der GEDA 2010 knapp 60 Prozent der arbeitslosen Männer, unter den männlichen Beschäftigten hingegen etwa 40 Prozent. Unter arbeitslosen Frauen waren rund 45 Prozent Raucherinnen gegenüber etwa 33 Prozent bei den weiblichen Beschäftigten.

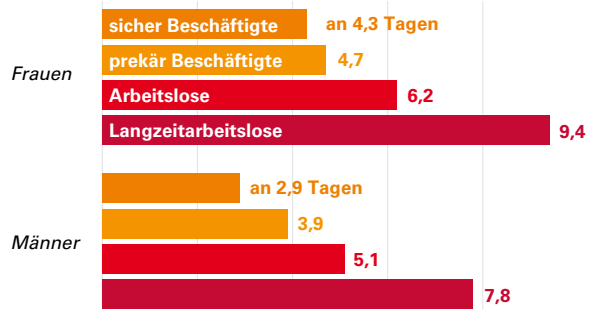
**Mehr Gesundheitsbeschwerden bei Arbeitslosen und prekär Beschäftigten.** Die Datensammlung der RKI-Experten macht auch deutlich, dass Menschen ohne Job deutlich häufiger krank sind als stabil Beschäftigte. Die Statistik der Betriebskrankenkassen verzeichnet etwa bei Arbeitslosen für mehr als ein Dutzend Krankheitsbilder weitaus mehr Krankenschreibungstage als unter Beschäftigten. Der Wert liegt um 60 Prozent höher bei Erkrankungen des Atmungssystems, bei Kreislaufleiden ist die Zahl der Ausfalltage mehr als doppelt so hoch. Psychische Erkrankungen verursachen bei Arbeitslosen etwa 3,5-mal so viele Krankentage wie bei stabil Beschäftigten.

Laut GEDA-Studie kommen Gesundheitsprobleme nicht nur bei Arbeitslosen, sondern auch bei prekär Beschäftigten gehäuft vor. Dazu zählt die Untersuchung alle Befragten, die ihren Arbeitsplatz als gefährdet einstufen. Gründe dafür

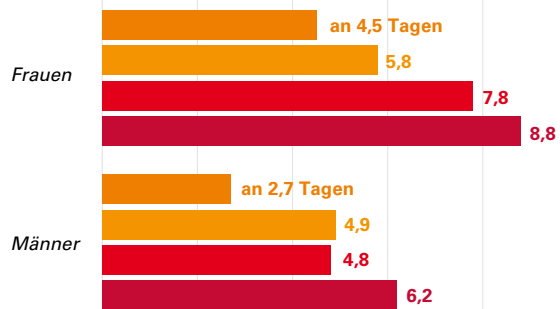
## Ohne Job leidet die Gesundheit

Im Monat vor der Befragung waren durchschnittlich \* ...

... körperlich beeinträchtigt



... seelisch beeinträchtigt



\* ohne Berücksichtigung von Altersunterschieden  
Quelle: Kroll, Lampert 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

können etwa befristete Verträge sein, dass die Beschäftigten für Leiharbeitsfirmen tätig sind oder dass sie Niedriglöhne erhalten, so Kroll und Lampert. Nach Berücksichtigung von Altersunterschieden geben prekär beschäftigte Frauen mit Blick auf den Monat vor der Befragung 35 Prozent mehr Tage mit körperlichen Beschwerden an als Frauen mit sicherem Job. Bei Männern ist der Wert um 49 Prozent erhöht. Noch größer fällt die Differenz bei emotionalen Beschwerden aus. Damit rangieren die prekär Beschäftigten in der Statistik zwischen stabil Beschäftigten und Arbeitslosen.

**Kranke bei der Arbeitssuche im Nachteil.** „Die Ergebnisse machen deutlich, dass die Zeiten mit Beeinträchtigung der körperlichen Gesundheit, des seelischen Wohlbefindens und der Ausübung der Alltagsaktivitäten bei Unsicherheit der Beschäftigung und mit der Dauer der Arbeitslosigkeit sukzessive zunehmen“, schreiben die RKI-Forscher. Dabei seien Gesundheitsprobleme nicht nur die Folge von Arbeitslosigkeit. Sie erhöhten auch das Risiko, die Arbeit zu verlieren oder keine neue zu finden, betonen die Wissenschaftler. Das trage zur Spaltung des Arbeitsmarkts bei. Ihr Fazit: „Arbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigung sollten angesichts der vielfach dokumentierten Verbindungen zur Gesundheit auch in Zeiten sinkender Arbeitslosenquoten prominent auf der Agenda der Gesundheitswissenschaften und der Gesundheitspolitik platziert bleiben.“ ◀

\* Quelle: Lars Eric Kroll, Thomas Lampert: Arbeitslosigkeit, prekäre Beschäftigung und Gesundheit, GBE kompakt – Zahlen und Trends aus der Gesundheitsberichterstattung des Bundes, Ausgabe 1/2012  
Download und Quelledetails: [www.boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

# Private Rente: Lebensfremde Annahmen

**Private Altersvorsorge verlangt eine möglichst präzise Finanzplanung für das ganze Leben. Tatsächlich sparen Haushalte jedoch keineswegs so, wie es ökonomische Modelle unterstellen. Zunehmende Altersarmut kann die Folge sein – trotz Riester-Förderung.**

In der gesetzlichen Rentenversicherung gelten für alle die gleichen Regeln: Die Höhe der Beiträge, der Zeitpunkt der Beitragszahlung und der spätere Rentenanspruch sind vom einzelnen Arbeitnehmer praktisch nicht zu beeinflussen – außer durch Jobwechsel oder ähnliche Entscheidungen, die das Einkommen verändern. Anders bei der privaten Rente: Hier kann jeder selbst bestimmen, wann er wie viel spart. Ökonomen unterstellen meist, dass sich Einzelpersonen oder Haushaltsgemeinschaften eine Finanzstrategie zurechtlegen, die bis zum Lebensende reicht. Ob diese Annahme realistisch ist, hat Felix Wilke von der Universität Kassel anhand des Sparverhaltens von gut 1.500 repräsentativ ausgewählten Arbeitnehmerhaushalten in Deutschland untersucht.\* Er kommt zu dem Schluss, dass „die Lebenszyklusthese“, die von sehr rational planenden Individuen ausgeht, „als allgemeines Erklärungsmodell wenig brauchbar“ ist. Die Konsequenz: Finanziell dürfte es im Alter für viele eng werden.

**Die Lebenszyklushypothese**, in den 1950er-Jahren vom späteren Wirtschafts-Nobelpreisträger Franco Modigliani entwickelt, besagt: Menschen versuchen, ihren Lebensstandard stets auf einem bestimmten Level zu halten.

Das gelingt ihnen, indem sie während des Berufslebens fürs Alter sparen und mit zunehmendem Einkommen immer größere Teile des Verdienstes zurücklegen. Vom Ende des Arbeitslebens bis zum Tod bauen sie das angesparte Vermögen wieder ab, sodass ihnen während des ganzen Lebenszyklus ein gleich bleibendes „Permanenteinkommen“ zur Verfügung steht. Diese abstrakte Theorie habe sich „in der politischen Praxis zu einem wirkmächtigen Konstrukt entwickelt“, schreibt Wilke. Auch wenn sie selten ausdrücklich erwähnt werde, zähle die Lebenszyklushypothese zu den gedanklichen Grundlagen der Riester-Reform. Nun müsse jeder selbst für „die Glättung des Lebenskonsums, die zuvor weitestgehend durch die staatliche Rentenversicherung automatisch erfolgte“, sorgen – über rationale Planung und unterstützt durch steuerliche Förderung. Wilkes empirische Untersuchung nährt allerdings Zweifel, dass das funktioniert.

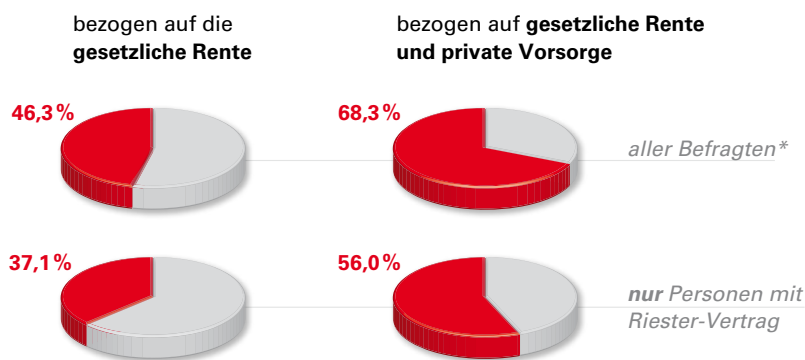
**Das wirkliche Sparverhalten** entspricht den Vorstellungen vom nüchtern kalkulierenden Individuum kaum. So konnte nur die Hälfte der Befragten eine Schätzung darüber abgeben, wie hoch ihre gesetzliche Rente ausfallen könnte. Der Wissenschaftler betont, dass nicht untersucht wurde, ob die Probanden plausible Zahlen nennen, sondern nur gefragt wurde, ob sie sich überhaupt eine Schätzung zutrauen. Auf die Frage, ob sie eine Vorstellung davon hätten, wie hoch gesetzliche Rente und Auszahlungen der Privatversicherungen

zusammen sein werden, antwortete nur noch ein Drittel der Befragten mit ja.

Statistisch nachweisbar ist, dass Personen mit hohem Einkommen auch dann viel sparen, wenn sie dauerhaft ein hohes Einkommen haben. Faktoren, die nach der Lebenszyklusthese eigentlich das Sparverhalten beeinflussen müssten, haben hingegen keine signifikanten Effekte. Das gilt etwa für die vermutete eigene Lebenserwartung oder für die erwartete ge-

## Wenig Klarheit über Altersbezüge

Ihr Einkommen im Alter richtig einzuschätzen, trauen sich **nicht** zu ...



\* Repräsentativbefragung unter 1.548 Arbeitnehmerhaushalten | Quelle: Wilke 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

setzliche Rente – wer mit einem langen Leben rechnet oder sich besonders wenig von der staatlichen Rente verspricht, sorgt nicht mehr privat vor als andere. Auch zwischen Vermögen und Sparverhalten besteht nicht der im Modell unterstellte Zusammenhang: Wer im Vorjahr Vermögenszuwächse erfahren hat – etwa durch Kursgewinne oder Erbschaften –, könnte beim Vorsorgesparen ja theoretisch einen Gang zurückschalten. Stattdessen wird in solchen Haushalten sogar häufiger und mehr gespart.

Wilke konstatiert, „dass jene Haushalte, die schon günstig mit finanziellen Mitteln ausgestattet sind, häufiger und mehr für das Alter sparen.“ Wer eine Ergänzung zur gesetzlichen Rente besonders nötig hätte, kompensiert dies hingegen nicht durch Privatvorsorge. „Die sozialpolitisch motivierten finanziellen Anreize der Riester-Rente scheinen deshalb nur bedingt geeignet zu sein, bisher vorsorgeferne Bevölkerungsgruppen anzusprechen“, schreibt Wilke. Eine Zunahme sozialer Ungleichheit im Alter sei bereits jetzt absehbar. Um zu verhindern, dass eine beträchtliche Zahl von Haushalten in Zukunft in Altersarmut fällt, ist ein „möglichst frühes politisches Eingreifen notwendig“, so der Wissenschaftler. ◀

\* Quelle: Felix Wilke: Riester-Vorsorge zwischen Theorie und empirischer Evidenz: Wie hilfreich ist das Lebenszyklusmodell?, in: WSI-Mitteilungen 3/2012  
Download unter [www.boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

# Ungleichgewichte versperren Weg aus der Eurokrise

Deutschland ist für den rasanten Anstieg der Auslandsverschuldung von Griechenland, Portugal, Spanien und Italien mit verantwortlich. Ohne eine stärkere Koordination der Wirtschaftspolitik bleibt die Stabilität des Euroraums bedroht.

Aufgrund des wirtschaftlichen Einbruchs nach der Finanzkrise ist die Staatsverschuldung in ganz Euroland stark gestiegen. Die südeuropäischen Krisenländer haben nach wie vor Schwierigkeiten, für ihre Staatsanleihen zu tragbaren Zinsen private Investoren zu gewinnen. Die hohe Verschuldung der Staaten ist dabei aber nur ein Krisensymptom. Wesentliche

des deutschen Wachstums auf den Außenbeitrag. Das war ein deutlich höherer Anteil als in anderen großen europäischen Ländern. „Und dieser Wachstumsbeitrag stammte ab 2005 überproportional aus dem Handel mit Ländern des Euroraums“, betonen die Ökonomen. Zwar stiegen Deutschlands Exporte in den Rest der Welt – besonders

nach Osteuropa und Asien – noch stärker als diejenigen in andere Euroländer. Doch gleichzeitig nahmen auch die Importe aus Ländern außerhalb des Euroraums stärker zu. Im Außenhandel mit China ergibt sich für Deutschland deshalb sogar ein Leistungsbilanzdefizit.

Viele Euroländer gerieten hingegen gegenüber der Bundesrepublik immer tiefer ins Minus. Spiegelbildlich zu den insgesamt steigenden Leistungsbilanzüberschüssen Deutschlands bauten die Südeuropäer Leistungs-

bilanzdefizite auf: Sie kauften mehr deutsche Waren und Dienstleistungen, als sie nach Deutschland exportieren konnten. Ihre Einkäufe mussten sie über Kredite aus dem Ausland finanzieren. Permanente Leistungsbilanzdefizite führten so in Ländern wie Portugal oder Italien zu stetiger Nettokreditaufnahme und damit zunehmender Nettoverschuldung gegenüber Staaten wie Deutschland. Ausländische Gläubiger sind bei einem derart steigenden Schuldenstand immer weniger geneigt, den Haushalten, Unternehmen oder der Regierung eines Defizitlandes weitere Kredite zu geben; vor allem, wenn in der Zukunft ebenfalls keine Korrekturen der Leistungsbilanz zu erwarten sind. Sichtbares Zeichen dafür: steigende Risikoprämien, also höhere Zinsen.

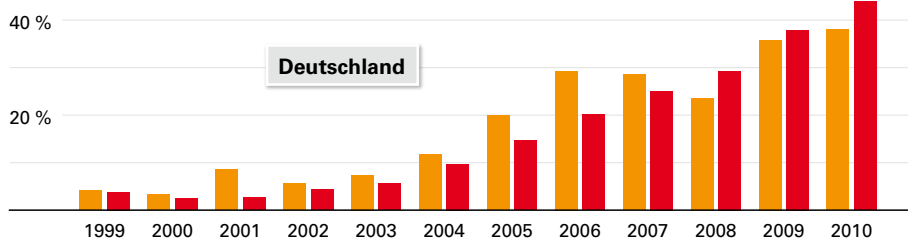
## ► Krisenländer leiden unter stetig wachsenden Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland

Logeay und Joebges stellen die aufsummierten Leistungsbilanzsalden der Vergangenheit dem jeweiligen Nettoauslandsvermögen der Staaten gegenüber. Auch wenn die Größen wegen verschiedener Erfassungsprobleme nicht hundertprozentig übereinstimmen, „lässt sich der Zusammenhang von kumulativen Leistungsbilanzdefiziten und Nettoschuldnerposition gut erkennen“, erläutern die Autorinnen: So stieg bis zur Krise in Griechenland die Nettoverschuldung von Konsumenten, Unternehmen und Staat gegenüber dem Ausland von 32 Prozent des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 1999 auf 101 Prozent im Jahr 2007. In

## Export Erlöse fließen ins Ausland

Die **Netto-Gläubigerposition** und der kumulierte **Leistungsbilanzüberschuss** betrug in ...

in % des Bruttoinlandsproduktes



Quelle: Joebges, Logeay 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

Ursache der Krise ist die unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklung in den Mitgliedsländern seit Einführung der Gemeinschaftswährung, zeigt eine Untersuchung von Heike Joebges und Camille Logeay.\* Die beiden Professorinnen an der Berliner Hochschule für Technik und Wirtschaft haben die Veränderungen bei Warenströmen und Schuldenständen eingehend untersucht. Ihr Fazit: Ohne einen Beitrag Deutschlands werden die Südeuropäer ihre Probleme nicht überwinden können. Denn ein Teil des exportgetriebenen deutschen Wirtschaftsmodells mit seinen hohen Leistungsbilanzüberschüssen wäre ohne die Defizite schwächerer Partner in der Währungsunion nicht möglich gewesen.

Um die Zusammenhänge zu verdeutlichen, haben die beiden Wirtschaftsforscherinnen analysiert, wie sich die Leistungsbilanzen in den vergangenen Jahrzehnten entwickelt haben. Der Beginn der Währungsunion stellt dabei eine deutliche Zäsur dar: Zwar wies Deutschland schon seit den 1970er-Jahren eher Überschüsse auf. Aufwertungen der D-Mark gegenüber den Währungen der wichtigsten Handelspartner hätten bis dahin jedoch immer zu große Überschüsse korrigiert, so die Wissenschaftlerinnen. Mit dem Start des Euro fiel dieses Korrektiv weg, die deutschen Leistungsbilanzüberschüsse stiegen stetig – bis zur Finanzkrise.

„Für das gesamtwirtschaftliche Wachstum sind die Nettoexporte, also die Differenz aus Exporten und Importen, relevant“, erläutern die Expertinnen. Seit der Euro-Einführung bis zum Beginn der Finanzkrise entfiel rund die Hälfte

Portugal wuchs die Quote von 29 auf 96 Prozent, in Spanien von 35 auf 84 Prozent und in Italien von 13 auf 27 Prozent. Ganz anders hierzulande: Deutschland hat bis 2007 seine Gläubigerposition gegenüber dem Rest der Welt ausgebaut: von 4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts auf 29 Prozent.

Ihre hohen Handelsüberschüsse gegenüber den Südeuropäern erzielte die Bundesrepublik nicht allein aufgrund der überragenden Qualität ihrer Produkte, betonen die Professorinnen. „Das mag für einzelne Branchen wie etwa den Maschinen- oder Anlagenbau durchaus zutreffen.“ Damit lasse sich aber lediglich die vergleichsweise hohe Stabilität deutscher Exporte während konjunktureller Nachfrageschwankungen erklären, nicht jedoch der starke Anstieg der Ausfuhren seit dem Jahrtausendwechsel. Auch die Produktpalette deutscher Aus- und Einfuhren habe sich kaum verändert. Stattdessen habe die Lohn- und Einkommensentwicklung in Deutschland eine wesentliche Rolle gespielt, schließen Logeay und Joebges.

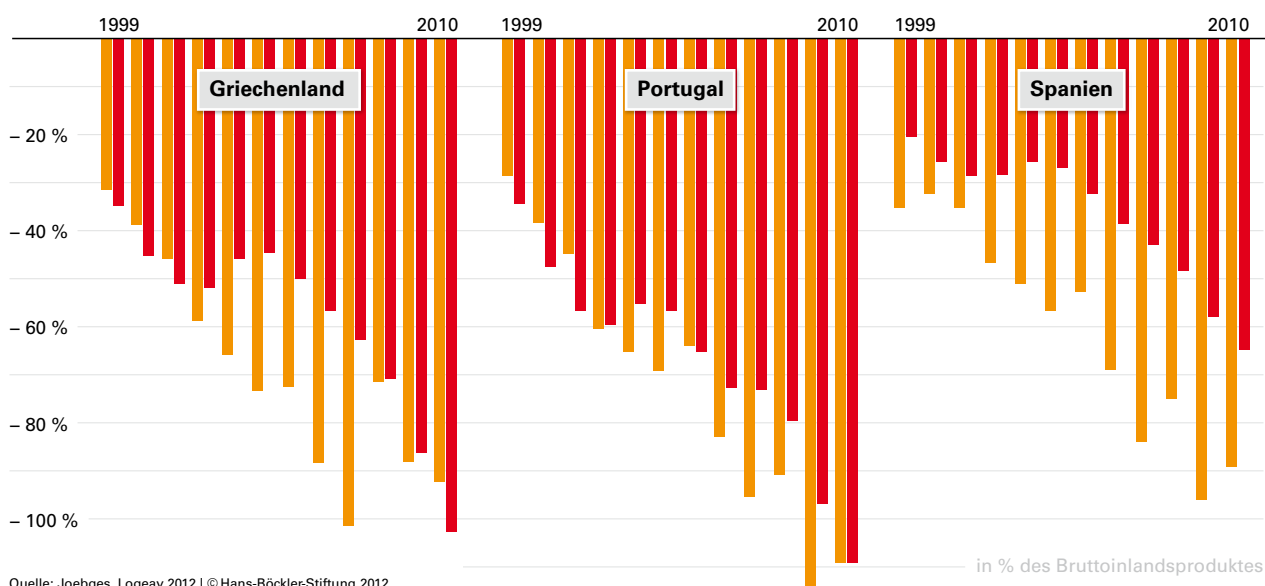
Angesichts der gemeinsamen Währung sind für die preisliche Wettbewerbsfähigkeit die Relationen der nominalen Lohnstückkosten der Mitgliedsländer maßgeblich: In Staaten wie Griechenland und Spanien stiegen die Lohnstück-

Wegen seiner stabileren wirtschaftlichen Entwicklung gilt Deutschland nun als Musterknabe Eurolands. „Doch die vermeintlichen Stärken sind genau die Schwächen, die bis zur Finanzkrise zu den Ungleichgewichten im Euroraum beigetragen haben“, warnen die Wissenschaftlerinnen. Und die wirtschaftspolitische Ausrichtung habe sich seitdem nicht sonderlich verändert: „Deutschland konzentriert sich weiterhin auf seine preisliche Wettbewerbsfähigkeit und den Außenhandel als Wachstumsmotor.“ Dabei verfüge die deutsche Wirtschaft nach Jahren mit schwachen Zuwächsen bei den Lohnstückkosten über einen großen „Wettbewerbspuffer“. Damit die Defizitländer eine reelle Chance haben, ihre Wettbewerbsposition zu verbessern, müssten die deutschen Lohnsteigerungen über dem Durchschnittswert des Euroraums liegen, empfehlen Logeay und Joebges.

Zusätzlich könnte eine stärkere Koordinierung der Wirtschaftspolitik im Euroraum die wirtschaftliche Auseinanderentwicklung seiner Mitgliedstaaten bekämpfen helfen. Hier sei die europäische Ebene mit dem erneuerten Euro-Stabilitätspakt allerdings noch zu zögerlich, kritisieren die Autorinnen: Alarmsignale werden erst dann ausgelöst, wenn Leistungsbilanzüberschüsse mehr als sechs Prozent des Bruttoinlandsprodukts betragen. Der Schwellenwert für Defizite

## Schwacher Export, steigende Auslandsschulden

Die **Netto-Auslandsverschuldung** und das kumulierte **Leistungsbilanzdefizit** betrug in ...



kosten bis zur Finanzkrise um 17 bis 28 Prozent, in Deutschland stagnierten sie. Damit verloren die Handelspartner der Bundesrepublik zunehmend an Wettbewerbsfähigkeit. Die Stagnation der Lohnstückkosten lasse sich nicht auf einen übermäßigen Anstieg der Arbeitsproduktivität zurückführen, so die Forscherinnen, sondern vor allem auf die geringen Zuwächse bei den Effektivlöhnen. Der deutsche Export sei dadurch beflügelt worden. Doch beeinträchtigte die schwache Lohnentwicklung die Binnenwirtschaft über gleich zwei Kanäle: Sie dämpfte die Konsumbereitschaft der privaten Haushalte – und sie sorgte über eine unterdurchschnittliche Preisentwicklung für vergleichsweise hohe Realzinsen.

hingegen liegt bei vier Prozent. Problematisch daran sei nicht nur die Ungleichbehandlung von Überschüssen und Defiziten. Auch werde nicht nach Defiziten und Überschüssen gegenüber den Euroländern und anderen Handelspartnern unterschieden. So könne es in der Währungsgemeinschaft bedeutsame bilanzielle Ungleichgewichte geben, ohne dass der Schwellenwert verletzt wird – weil etwa ein Defizit gegenüber China den Überschuss gegenüber Spanien verschleiert. ◀

\* Quelle: Heike Joebges, Camille Logeay: Deutschlands Anteil an Stabilitätsproblemen im Euroraum, in: Thomas Sauer (Hrsg.): Die Zukunft der Europäischen Währungsunion: Kritische Analysen, im Erscheinen  
Download unter [www.boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

# Gewerkschaftsmitglieder seltener entlassen

**Arbeitgeber entlassen Gewerkschaftsmitglieder deutlich seltener als Nicht-Mitglieder.**

**Für Frauen lohnt sich die Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft besonders.**

Wer Mitglied in einer Gewerkschaft ist, trägt nur ein halb so hohes Risiko entlassen zu werden wie ein nicht organisierter Beschäftigter. Das haben Laszlo Goerke von der Universität Trier und Markus Pannenberg von der Fachhochschule Bielefeld jetzt erstmals nachgewiesen.\* Frauen profitieren besonders von der Mitgliedschaft: Bei ihnen sinkt die Kündigungswahrscheinlichkeit sogar um drei Viertel.

Für ihre Studie haben die Forscher Daten des Sozio-oekonomischen Panels von 1985 bis 2005 ausgewertet, das unregelmäßig auch die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft abfragt. Zudem wird erfasst, wer von seinem Arbeitgeber entlassen worden ist. Um den Zusammenhang zwischen Gewerkschaftsmitgliedschaft und Entlassungsrisiko eindeutig

nachzuweisen, haben Goerke und Pannenberg andere mögliche Erklärungen – etwa den Einfluss von Betriebsräten – geprüft. Dabei konnten sie aber keine signifikanten Effekte feststellen.

Warum Gewerkschaftsmitglieder seltener entlassen werden, lässt sich den Daten nicht entnehmen. Die Forscher können sich der Ursache nur theoretisch nähern. Sie gehen davon aus, dass es für Unternehmen teurer ist, Gewerkschaftsmitglieder zu entlassen. Vermuteter Grund: Mitglieder werden bei einer Kündigungsschutzklage von ihrer Gewerkschaft unterstützt und müssen keinen Anwalt bezahlen. Aus Sicht der Arbeitgeber sei damit das Risiko größer, mit einer Kündigung vor Gericht zu landen. Es sei daher davon auszugehen, dass Arbeitgeber bei Nicht-Mitgliedern schneller eine Kündigung aussprechen als bei Gewerkschaftsmitgliedern. ◀

\* Quelle: Laszlo Goerke, Markus Pannenberg: Trade Union membership and dismissals, in: Labour Economics 6/2011  
Download unter [www.boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

## VERTEILUNG

# Weniger Armut bei den Nachbarn

**Immer mehr Menschen in Deutschland sind von Armut bedroht. Die Einkommensungleichheit bleibt auf hohem Niveau.**

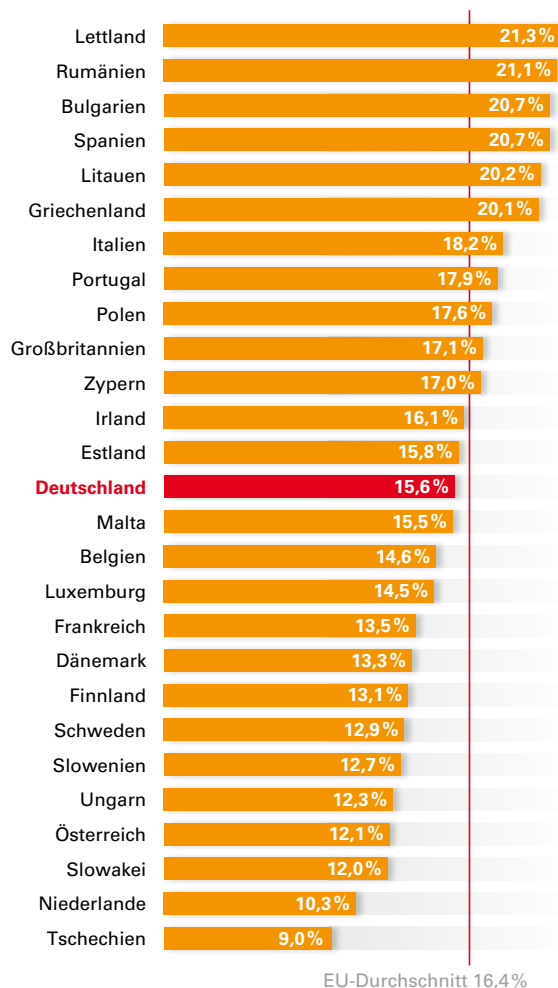
12,6 Millionen Menschen oder 15,6 Prozent der deutschen Bevölkerung waren laut EU-Statistik 2009 armutsgefährdet. Diese Zahlen hat das Statistische Bundesamt für die European Union Statistics on Income and Living Conditions (EU-SILC) erhoben.

Die Quote liegt damit zwar unter dem EU-Durchschnitt von 16,4 Prozent. Sie ist allerdings höher als in allen Nachbarländern außer Polen. Zudem ist der Anteil der von Armut bedrohten Deutschen seit 2006 kontinuierlich gestiegen. Die EU-weit niedrigste Quote wies 2009 Tschechien mit 9 Prozent auf, die höchste Lettland mit 21,3 Prozent. Menschen gelten als armutsgefährdet, wenn sie einschließlich staatlicher Transferleistungen weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens zur Verfügung haben. In Deutschland sind das für Alleinstehende 940 Euro pro Monat.

Auch Ungleichheit ist ein Problem: Die oberen 20 Prozent in der deutschen Einkommenspyramide verdienten 2009 wie im Vorjahr durchschnittlich das Viereinhalbfache des unteren Fünftels. Im EU-Durchschnitt war es das Fünffache. In den meisten Nachbarländern Deutschlands herrscht hingegen weniger Ungleichheit als hierzulande. Am höchsten sind die Einkommensunterschiede in denjenigen Staaten, die auch bei der Armut am schlechtesten abschneiden: in Litauen, Lettland, Spanien, Rumänien und Bulgarien. ◀

## Arme auch in reichen Ländern

Von Armut gefährdet waren 2009 in ...



Quelle: Statistisches Bundesamt 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

\* Quelle: Statistisches Bundesamt, März 2012  
Download und Quelledetails: [www.boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

# Werkverträge brauchen bessere Regeln

Seitdem die Regulierung der Leiharbeit zumindest etwas vorankommt, setzen Unternehmen vermehrt Werkverträge für Billigjobs ein. Einige Nachbarländer tun mehr gegen Missbrauch, zeigt ein Gutachten.\*

Sie räumen Supermarktregale ein, putzen Hotelzimmer oder fahren für Kurierdienste. Sie gelten als Selbstständige oder Beschäftigte einer Firma, die vom Einzelhändler, dem Hotel oder dem Kurierdienst formal pro „Werk“ bezahlt wird: für das volle Regal, das saubere Zimmer oder das gelieferte Paket. Gewerkschafter warnen, zweifelhafte Werkverträge breiteten sich aus, seitdem das Verdienstniveau in der Leiharbeit durch Mindestlöhne und tarifliche Equal-Pay-Vereinbarungen gestützt werde. Der Boom erreiche mittlerweile auch die Industrie. Auch viele Medien berichten über Unternehmen, die Werkverträge als Schlupfloch einsetzen, um Menschen, die für sie arbeiten, nicht selber anzustellen oder als Leiharbeiter zu engagieren – und ihnen besonders wenig bezahlen. Ende April hat der Bundestag eine Anhörung dazu abgehalten.

Was ist ein echter Werkvertrag, wie ihn etwa ein Handwerker mit seinem Auftraggeber schließt? Und was eine illegale Scheinvereinbarung, mit der ein Arbeitsverhältnis oder ein Branchen-Mindestlohn umgangen werden soll? Das ist nach geltender Rechtslage schwer abzugrenzen, zeigt Bernd Waas, Professor für Arbeits- und Bürgerliches Recht an der Universität Frankfurt am Main in einem Gutachten für die Hans-Böckler-Stiftung. Denn in den entsprechenden Paragraphen des Bürgerlichen Gesetzbuchs bestehe ein „außerordentlich weiter Überschneidungsbereich“. Andere europäische Staa-

ten seien bei der juristischen Präzisierung wenigstens einen Schritt weiter, betont der Rechtswissenschaftler und verweist unter anderem auf Regelungen in Belgien, Irland oder den Niederlanden.

**Zentrales Kriterium „persönliche Abhängigkeit“.** Grundsätzlich stellen Richter, die über die Frage Werk- oder Arbeitsvertrag entscheiden müssen, im In- wie im Ausland nach Waas' Expertise ein Kriterium ins Zentrum ihrer Abwägung: In welchem Maße steht der Ausführende in „persönlicher Abhängigkeit“ von seinem Auftraggeber? Hinweise auf eine faktische Arbeitnehmereigenschaft sind danach beispielsweise detaillierte Anweisungen zur Arbeitsleistung durch den Auftraggeber oder dessen Beschäftigte. Auch wenn ein Werk-Auftragnehmer seine Arbeitszeit nicht frei einteilen kann, sei das ein deutliches Indiz dafür, dass er in Wahrheit eher den Status eines Arbeitnehmers hat. Das gleiche gelte für die „Eingliederung in eine fremde Betriebsorganisation“, also zum Beispiel die Arbeit in den Geschäftsräumen des Auftraggebers bis hin zur Nutzung von dessen Werkzeug.

Ein Auftragnehmer, der seinem Auftraggeber derart „weisungsunterworfen“ und von ihm persönlich abhängig ist, könne nach dem Tenor der Rechtssprechung keine glaubwürdige „Erfolgshaftung“ übernehmen, schreibt Waas. Diese Garantie dafür, dass das gelieferte „Werk“ auch den vertraglich vereinbarten Ansprüchen genügt, zähle aber zu den entscheidenden Charakteristika eines Werkvertrags.

**Kriterienkataloge und Vermutungsregelung.** Auch in anderen europäischen Ländern kommt der Missbrauch von Werkverträgen vor. Einige haben mit Regelungen reagiert, die aus Sicht des Rechtswissenschaftlers die Identifizierung von Schein-Verträgen erleichtern könnten und grundsätzlich auch auf die Verhältnisse in Deutschland übertragbar wären. So gibt es nach Waas' Untersuchung in Belgien und Irland Kriterienkataloge, auf deren Basis Werk- und Arbeitsverhältnisse leichter identifiziert werden können. In Belgien muss der aufgrund eines Werkvertrags Beschäftigte beispielsweise seine Arbeitszeit frei bestimmen und die Arbeit selbst organisieren können. Trifft das nicht zu, geht der Gesetzgeber von einem Arbeitsverhältnis aus. Einen anderen Ansatz verfolgt etwa das niederländische Recht: Wenn eine Person für einen Auftraggeber regelmäßig über mindestens drei Monate lang wöchentlich eine Arbeitsleistung erbringt oder wenigstens 20 Stunden im Monat arbeitet, wird generell ein Arbeitsverhältnis vermutet. Der Auftraggeber kann mit geeigneten Argumenten das Gegenteil beweisen.

„Der europäische Rechtsvergleich zeigt interessante Ansätze, um den Missbrauch von Werkverträgen zu unterbinden“, sagt der Rechtswissenschaftler. „Daran könnte sich der deutsche Gesetzgeber orientieren.“ ◀

## Schätzung: 600.000 arbeiten mit Werkvertrag

Eine amtliche Statistik zur Beschäftigung über Werkverträge gibt es nicht, wohl aber einige Untersuchungen: Das **Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)** schätzt, dass deutschlandweit mehr als 600.000 Menschen über Werk- oder Dienstverträge beschäftigt sind. Das entspricht knapp zwei Prozent aller betrieblichen Beschäftigten. Zwischen 2002 und 2011 habe sich die Zahl fast verdoppelt. Etwa 150.000 oder rund sieben Prozent aller Betriebe beschäftigten Mitarbeiter auf Basis von Werkverträgen, 2002 waren es erst vier Prozent. Allerdings sei die empirische Basis bislang zu schmal, um „die Bedeutung von Werkverträgen umfassend zu bewerten“, so das IAB in einer Bundestagsanhörung. In einer Umfrage unter Stahlunternehmen kamen Forscher der **Universität Duisburg-Essen** auf eine durchschnittliche Quote von 5,3 Prozent Werkvertragsarbeitnehmern. Soziologen der **Uni Jena** berichteten über ein Automobilwerk, in dem bis zu 30 Prozent der Belegschaft bei Werkvertragsunternehmen beschäftigt seien. Bei einer im Februar 2011 vorgestellten Umfrage der **IG Metall** gab rund jeder dritte von knapp 5.000 Betriebsräten an, in seinem Unternehmen würden Werkverträge eingesetzt. Davon erklärten wiederum 36 Prozent, die Werkverträge gingen zulasten der Stammbesellschaft.

Quellen: Deutscher Bundestag: Ausschussdrucksache 17(11)868, April 2012; Andreas Koch: Werkverträge in der Arbeitswelt, Arbeitspapier Nr. 2 der Otto-Brenner-Stiftung, Februar 2012

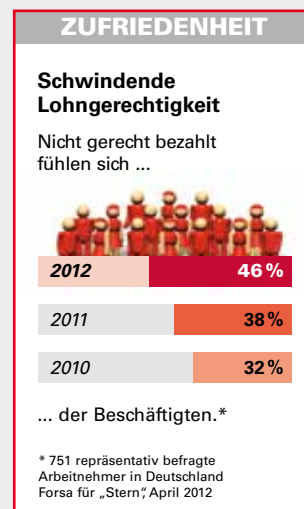
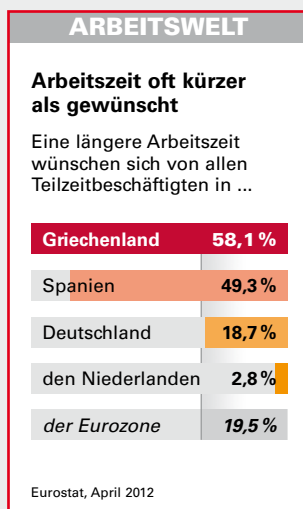
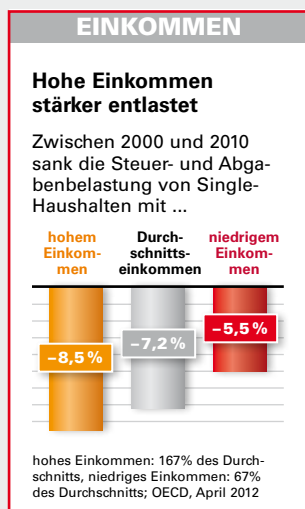
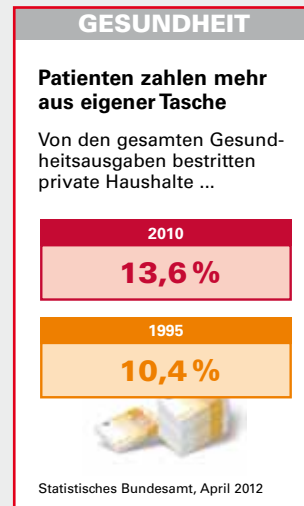
\* Quelle: Bernd Waas: Werkvertrag, freier Dienstvertrag und Arbeitsvertrag. Abgrenzung und Identifikation im deutschen Recht und in ausländischen Rechtsordnungen, Gutachten im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung, Frankfurt, April 2012  
Download und Quelledetails: [www.boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

## Impressum

**Herausgeberin:** Hans-Böckler-Stiftung  
 Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Telefon 02 11 / 77 78-0  
**Verantwortlicher Geschäftsführer:** Dr. Wolfgang Jäger (V.i.S.d.P.);  
**Chefredaktion:** Rainer Jung; **Redaktion:** Andreas Kraft,  
 Kai Kühne, Annegret Loges, Ernst Schulte-Holtey, Philipp  
 Wolter, Sören Zieher; E-Mail redaktion-impuls@boeckler.de;  
 Telefon 02 11 / 77 78-286, Fax 02 11 / 77 78-207;  
**Druck und Versand:**  
 Setzkasten GmbH, Kreuzbergstraße 56, 40489 Düsseldorf

**Weiter im Netz:** Alle Grafiken zum Download (Abdruck frei  
 nach Rücksprache mit der Redaktion und Angabe der Quelle),  
 weitergehende Informationen, Links und Quellenangaben  
 unter [www.boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

## TrendTableau



► **ARBEITSMARKT:** Der rigorose Sparkurs in Europa hat nach Einschätzung der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) katastrophale Folgen für den Arbeitsmarkt. Seit 2010 habe sich die Politik unter dem Druck von Rating-Agenturen und Finanzmarkt einer Haushaltskonsolidierung „um jeden Preis“ verschrieben, kritisiert die UN-Organisation in ihrem aktuellen

Jahresbericht. Dieser Kurs habe das Wirtschaftswachstum in vielen Ländern behindert und zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit geführt. Derzeit liege die Beschäftigungsquote in 22 von 27 EU-Staaten unter dem Niveau von 2007. Ohne grundlegenden Politikwechsel werde das Vorkrisen-Beschäftigungsniveau in der EU erst 2016 wieder erreicht, prognostiziert die ILO.

Infolge der schwachen Arbeitsmarktentwicklung hat seit 2007 in jedem zweiten Industriestaat die Armut zugenommen, so die ILO. Arbeits- und Perspektivlosigkeit bedrohen nach Einschätzung der Organisation zudem den sozialen Frieden. In vielen EU-Staaten sei die Wahrscheinlichkeit sozialer Proteste und Unruhen gestiegen. Zur Entschärfung der Krise fordert die ILO da-

her anstelle einer weiteren Deregulierung die Stärkung der Arbeitnehmerrechte und der sozialen Institutionen. Die Wirtschaftsentwicklung sollte durch eine gezielte Kreditvergabe an kleine und mittlere Unternehmen angekurbelt werden. Eine Budgetkonsolidierung sei zwar notwendig, müsse aber maßvoll und sozial ausgewogen bleiben.  
 ILO, April 2012